

van Deuverden, Kristina

**Article**

## Mittelfristige Wirtschaftsentwicklung: Stabiles Wachstum und hohe Überschüsse der öffentlichen Haushalte

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: van Deuverden, Kristina (2013) : Mittelfristige Wirtschaftsentwicklung: Stabiles Wachstum und hohe Überschüsse der öffentlichen Haushalte, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 16, pp. 3-11

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/74424>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Mittelfristige Wirtschaftsentwicklung: Stabiles Wachstum und hohe Überschüsse der öffentlichen Haushalte

Von Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft wird bis zum Jahr 2017 deutlich stärker wachsen als in den vergangenen fünf Jahren. Dabei wird die Dynamik immer mehr durch die Binnenwirtschaft getragen, und der Aufbau der Beschäftigung setzt sich fort. Die öffentlichen Haushalte werden in der mittleren Frist mit zunehmenden Überschüssen abschließen, im Jahr 2017 mit knapp 28 Milliarden Euro. Sind es zu Beginn des Projektionszeitraums – wie auch in den vergangenen Jahren – vor allem die Sozialversicherungen, die Überschüsse generieren, dreht sich dies in der mittleren Frist um. Der Finanzierungssaldo des Staates nimmt zudem auch in konjunkturell bereinigter Betrachtung stetig zu, und die Schuldenstandsquote bildet sich deutlich zurück.

Damit ist ein wichtiges Zwischenziel bei der Haushaltskonsolidierung erreicht, dennoch besteht Handlungsbedarf. Gegen Ende dieses Jahrzehnts werden die Folgen des demographischen Wandels die öffentlichen Finanzen zu belasten beginnen. Mit Blick auf die sich abzeichnenden Herausforderungen sollte die Finanzpolitik die gute Kassenlage nutzen und heute die Weichen für ein zukünftig höheres potentiell Wachstum stellen. Ausgaben für Infrastruktur sowie für Forschung und Bildung sollten Priorität haben.

Während Konjunkturprognosen eine lange Tradition haben, werden seit einigen Jahren zunehmend auch Projektionen der wirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist vorgelegt. Solche Projektionen sind eine grundlegende Voraussetzung für die mittelfristige Finanzplanung der öffentlichen Haushalte, der wiederum durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt oder spätestens mit der Verabschiedung der Schuldenbremse in Deutschland in den vergangenen Jahren eine wesentlich höhere Bedeutung zukommt als zuvor.

Während Prognosen in der kurzen Frist durch aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen bestimmt sind, kommen in der mittleren Frist angebotsseitige Faktoren zum Tragen, die das potentielle Wachstum einer Volkswirtschaft bestimmen. Die Mittelfristprojektion des DIW Berlin stützt sich auf das nach dem Verfahren der EU-Kommission berechnete Potentialwachstum für Deutschland, wie es auch für die Schuldenbremse verwendet wird. Die ersten beiden Jahre des Projektionszeitraums sind mit der aktuellen Konjunkturprognose des DIW Berlin identisch.<sup>1</sup>

Noch mehr als eine Konjunkturprognose basiert eine Mittelfristprojektion auf den unterstellten Rahmenbedingungen. Der hier vorgelegten Projektion liegt die Annahme zugrunde, dass das weltwirtschaftliche Wachstum langsam wieder anziehen wird und die Belastungen durch die Finanzkrise sich allmählich zurückbilden werden. Dabei wird das Expansionstempo in den entwickelten Ländern geringer sein als in den Vorkrisenjahren. Vor allem im Euroraum wird die wirtschaftliche Entwicklung gedämpft verlaufen. Zwar lassen die Turbulenzen im Euroraum nach, die wirtschaftliche Entwicklung in den Krisenländern wird aber durch notwendige strukturelle Anpassungen getrübt. In diesen wie auch in einigen anderen Ländern wird die Finanzpolitik aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung restriktiv ausgerichtet bleiben. Auch in den USA wird das

<sup>1</sup> Zur aktuellen Konjunkturprognose des DIW Berlin sowie der Projektion der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung siehe Fichtner, F. et al.: Frühjahrsgrundlinien 2013. DIW Wochenbericht Nr. 15/2013.

Wirtschaftswachstum erst nach und nach wieder etwas stärker. Demgegenüber ist die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern hoch. Vor diesem Hintergrund wird der Welthandel im Projektionszeitraum preisbereinigt um jahresdurchschnittlich sechs Prozent zulegen.

Die Geldpolitik wird für Deutschland während des gesamten Projektionszeitraums expansiv ausgerichtet sein, denn die Europäische Zentralbank wird ihre Politik auf die gedämpfte Entwicklung im Euroraum ausrichten.

Für die Finanzpolitik ist in dieser Projektion angenommen, dass die heute geltende Rechtslage unverändert bis zum Ende des Projektionszeitraums aufrechterhalten wird und keine neuen Maßnahmen verabschiedet werden. Dies bedeutet, dass die Einführung einer Finanztransaktionsteuer in dieser Projektion nicht unterstellt wird, auch weil nicht absehbar ist, wann sie beschlossen wird und wie sie ausgestaltet sein könnte. Ein solches Vorgehen nimmt in Kauf, dass in der mittleren Frist hohe progressionsbedingte Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer anfallen, die im Allgemeinen von Zeit zu Zeit durch diskretionäre Eingriffe zurückgegeben werden.<sup>2</sup> Ergeben sich hingegen Änderungen auf-

<sup>2</sup> Das Gesetz zum Abbau der kalten Progression sah vor, zumindest einen Teil dieser progressionsbedingten Mehreinnahmen „automatisch“ zurückzugeben, es ist aber im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gescheitert.

grund der geltenden Rechtslage, werden diese berücksichtigt. Beispielsweise ist die Kernbrennstoffsteuer bis zum Jahr 2016 befristet, Änderungen bei der Tabaksteuer sind bereits gesetzlich beschlossen.

### Wirtschaftswachstum zunehmend von der Binnenwirtschaft getrieben

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in der mittleren Frist sind gut und die Wirtschaft wird deutlich stärker wachsen als in den vergangenen fünf Jahren. Nach einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von lediglich 0,7 Prozent im laufenden Jahr, wird es im Jahr 2014 um 1,6 Prozent zunehmen; im Jahr 2015 wird die zurzeit negative Produktionslücke<sup>3</sup> geschlossen sein, und die Wirtschaft wird in den Jahren bis 2017 wie das Produktionspotential – mit 1,3 Prozent – expandieren. Für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist allerdings nicht die reale Wirtschaftsentwicklung die relevante Einflussgröße, sondern die nominale. In nominaler Rechnung wird das Bruttoinlandsprodukt im Projektionszeitraum um 3 ¼ Prozent zunehmen und damit die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2007 bis 2012 um eineinhalb Prozentpunkte deutlich übertreffen.

Für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist zudem entscheidend, wie das Wirtschaftswachstum generiert wird. So ist ein binnenwirtschaftlich getriebenes Wachstum mit höheren Steuereinnahmen verbunden als ein außenwirtschaftlich angestoßenes. Dies gilt vor allem, weil die Entwicklung der aufkommenstärksten Steuer in Deutschland, der Mehrwertsteuer, von der inländischen Nachfrage bestimmt wird. Besondere Bedeutung kommt außerdem der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu.

Die wirtschaftliche Dynamik wird in der mittleren Frist immer weniger durch die Auslandsnachfrage bestimmt, denn die weltwirtschaftliche Entwicklung wird im Vergleich zu der Zeit vor der Krise eher verhalten sein. Zudem dürfte die deutsche Wirtschaft etwas an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, denn die Löhne werden in Deutschland stärker zunehmen als in vielen anderen Ländern – insbesondere den Ländern des Euroraums. Dennoch werden die deutschen Exporte im Projektionszeitraum kräftig sein – und auch weitaus deutlicher zunehmen als im Vergleichszeitraum, in dem aufgrund des weltwirtschaftlichen Einbruchs auch der Welthandel eingebrochen war (Tabelle 1). Die Importe werden im gesamten Projektionszeitraum stärker steigen als die Exporte. Zum einen wird die Importnachfrage durch

Tabelle 1

### Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2017<sup>1</sup>

	2012	2013	2014	2017/2012 <sup>2</sup>	2012/2007 <sup>2</sup>
	In Milliarden Euro	Jährliche Veränderung in Prozent			
Bruttoinlandsprodukt	2 644	2,4	3,5	3 ¼	1,3
Private Konsumausgaben	1 522	2,2	3,2	3 ¼	1,8
Konsumausgaben des Staates	515	3,6	3,8	3 ¾	2,7
Bruttoanlageinvestitionen	465	2,8	6,0	4 ¼	0,2
Exporte	1 362	4,0	7,6	6	2,7
Importe	1 211	4,3	9,0	7	3,2
Deflator des Bruttoinlandsprodukts (Index 2010 = 100)	107,1	1,7	1,8	2	1,0
Erwerbstätige (Inland, in 1 000 Personen)	41 613	0,3	0,3	¼	0,6
Bruttolöhne und -gehälter (Inland, in Milliarden Euro)	1 124	3,9	3,4	3 ¼	2,3
Arbeitslosenquote in Prozent	6,8	6,8	6,8	6 ½	7,5

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen, Datenstand 03.04.2013.

<sup>2</sup> Durchschnittliche Entwicklung. In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

<sup>3</sup> Die Produktionslücke bezeichnet die Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotential.

die Exportentwicklung selbst getrieben. Zum anderen hängt sie stark von der Investitionstätigkeit ab, und auch die deutschen Konsumenten werden verstärkt importierte Güter nachfragen. Der Außenbeitrag geht daher stetig zurück, und sein Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt verringert sich (Tabelle 2).

Demgegenüber nimmt der Wachstumsbeitrag der inländischen Nachfrage zu. Die Investitionen werden kräftig zulegen. Dies gilt insbesondere für die Ausrüstungsinvestitionen, die im laufenden Jahr nahezu stagnieren, zum einen weil die Kapazitäten noch immer unterausgelastet sind, zum anderen weil die Unsicherheit über die Entwicklung im Euroraum die Unternehmen dazu veranlasst hat, Investitionsentscheidungen zurückzustellen. Mit dem allmählichen Abflauen der Krise dürfte sich dieser Attentismus nach und nach auflösen. Bei zunehmender Kapazitätsauslastung wird die Investitionsneigung im restlichen Projektionszeitraum hoch sein. Auch die Investitionen in Bauten werden kräftig sein. Die Lage am Arbeitsmarkt, expandierende Einkommen und die günstigen Finanzierungsbedingungen regen den Wohnungsbau weiter an. Der Wirtschaftsbau wird sich im Zug der wirtschaftlichen Entwicklung kräftiger entwickeln und der öffentliche Bau wird ebenfalls merklich zulegen, denn die Finanzlage der öffentlichen Hand ist entspannt.

Der private Konsum wird deutlich expandieren. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die gute Arbeitsmarktsituation. Die Zahl der abhängig Beschäftigten nimmt seit dem Jahr 2007 zu – selbst der wirtschaftliche Einbruch im Jahr 2009 ging in jahresdurchschnittlicher Betrachtung mit einem – wenn auch leichten – Aufbau an Beschäftigung einher. Zudem waren die neu entstandenen Beschäftigungsverhältnisse überwiegend sozialversicherungspflichtig.

Dabei hat sich die Arbeitslosigkeit zurückgebildet, allerdings nicht in gleichem Ausmaß, wie die Beschäftigung stieg. Vielmehr nahm das Erwerbspersonenpotential tendenziell zu,<sup>4</sup> obwohl die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bereits seit dem Jahr 2007 schrumpft<sup>5</sup> zum einen, stieg die Partizipationsrate, insbesondere bei Frauen und Älteren; die tägliche Arbeitszeit ist dabei allerdings gesunken, denn die Teilzeitarbeit wurde ausgeweitet. Zum anderen, hat sich die Zuwanderung nach Deutschland erhöht. Vor allem im vergangenen Jahr stieg sie kräftig – auch weil aus den europäischen Krisenländern Personen immigrierten. Das Erwerbspersonenpotential wird im Projektionszeitraum

<sup>4</sup> Lediglich im Jahr 2010 ist das Erwerbspersonenpotential gesunken. Infolge des wirtschaftlichen Einbruchs hatten sich viele Personen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen.

<sup>5</sup> Dieser Trend konnte aufgrund der hohen Zuwanderung im vergangenen Jahr kurzfristig durchbrochen werden.

Tabelle 2

**Anteile der Nachfragekomponenten am Bruttoinlandsprodukt**

In Prozent

	2012	2013	2014	2017
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100
Private Konsumausgaben	57,6	57,4	57,3	57 ¾
Konsumausgaben des Staates	19,5	19,7	19,8	20
Bruttoanlageinvestitionen	17,6	17,6	18,1	18
Außenbeitrag	5,7	5,7	5,3	4 ¼

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Das wirtschaftliche Wachstum wird zunehmend von der Binnenwirtschaft getragen.

weiter zunehmen, denn der Trend zur verstärkten Erwerbstätigkeit hält an und aus den südeuropäischen Ländern dürften weiter Arbeitnehmer zuziehen. Vor allem aber wird im kommenden Jahr den Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt; aufgrund des Einkommensgefälles zu diesen Ländern dürfte dies nochmals einen großen Einwanderungsschub auslösen.

Im Projektionszeitraum wird die Beschäftigung weiter zunehmen, wenn auch nicht mehr ganz so kräftig wie im Fünfjahreszeitraum zuvor. Auch dieser Beschäftigungsaufbau wird schwerpunktmäßig im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erfolgen und die Arbeitslosigkeit wird sich weiter zurückbilden. Die Löhne werden in diesem Umfeld merklich steigen, um jahresdurchschnittlich rund drei Prozent.<sup>6</sup> Bei zunehmender Arbeitsplatzsicherheit und guter Einkommensentwicklung steigen die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte und der Konsum deutlich.

**Überschüsse in den öffentlichen Haushalten nehmen in der mittleren Frist zu**

Im Jahr 2012 schloss der öffentliche Gesamthaushalt in Deutschland mit einem Überschuss ab. Seit der Vereinigung war dies nur einmal der Fall – auf dem konjunkturellen Höhepunkt im Jahr 2007, kurz bevor die Auswirkungen der Finanzkrise sich in den öffentlichen Haushalten niederschlugen.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Der Lohndruck wird allerdings dadurch gemindert, dass die NAWRU, also die Arbeitslosenquote, bei der die Situation auf dem Arbeitsmarkt keinen Inflationsdruck auslöst, bis zum Endjahr stetig sinkt – bis auf 4,9 Prozent. Dies ermöglicht ein relativ spannungsfreies Wachstum.

<sup>7</sup> Zwar konnte auch im Jahr 2000 ein Überschuss erreicht werden, allerdings nur weil in diesem Jahr UMTS-Lizenzen versteigert wurden, die Einnahmen von 50,8 Milliarden Euro generierten. Bereinigt um diese Erlöse, lag die Defizitquote bei 1,2 Prozent.

## Einnahmen expandieren deutlich

Die Steuereinnahmen sind in den Jahren 2011 und 2012 kräftig gestiegen und nehmen auch im Projektionszeitraum deutlich zu. Dies gilt vor allem für die Lohnsteuer, denn die Lohnsumme wird stark expandieren. Außerdem steigen die Pro-Kopf-Löhne deutlich und zwar wesentlich stärker, als es in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts der Fall war. In der Folge kommt es zu spürbaren progressionsbedingten Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer. Die übrigen Einkommen- und Vermögensteuern entwickeln sich in der mittleren Frist ebenfalls dynamisch, auch wenn sie im laufenden Jahr sinken werden. Die Gewinneinkommen der Unternehmen sind seit Mitte vergangenen Jahres rückläufig und werden 2013 in jahresdurchschnittlicher Betrachtung nur wenig zunehmen. Im weiteren Projektionszeitraum expandieren sie jedoch kräftig, um gut 4 ½ Prozent, so dass die Gewinnsteuern deutlich steigen werden.

Mit deutlich geringerer Dynamik entwickeln sich hingegen die indirekten Steuern. Das Aufkommen wird hier zu einem großen Teil durch die Steuern vom Umsatz bestimmt. Deren wichtigste Determinante ist die Entwicklung der inländischen Nachfrage. Im laufenden Jahr nimmt letztere mit 2,5 Prozent noch relativ verhalten zu. Im weiteren Projektionszeitraum wird das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland allerdings zunehmend durch die Binnenwirtschaft getrieben. In der Folge werden die Steuern vom Umsatz kräftig zulegen. Die anderen indirekten Steuern steigen dagegen verhalten als in den vergangenen fünf Jahren, als sie vor allem aufgrund von Rechtsänderungen kräftig expandierten.<sup>8</sup> Alles in allem werden die Steuereinnahmen in diesem Jahr um 2,4 Prozent und im kommenden Jahr um vier Prozent zulegen (Tabelle 3). In den restlichen Jahren des Projektionszeitraums nehmen sie um jahresdurchschnittlich 3 ¾ Prozent zu und damit bei weitem stärker als in den vergangenen fünf Jahren.

Die Sozialbeiträge erhöhen sich in diesem Jahr um 2,4 Prozent. Da der kumulierte Beitragssatz zur gesetzlichen Sozialversicherung zu Beginn dieses Jahres um einen halben Prozentpunkt gesenkt wurde, ist dies ein vergleichsweise kräftiger Anstieg.<sup>9</sup> Anpassungen des Beitragssatzes zeichnen sich in der mittleren

<sup>8</sup> Im Projektionszeitraum wird lediglich die Tabaksteuer schrittweise angehoben.

<sup>9</sup> Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung ist um 0,6 Prozentpunkte gesenkt, der zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte angehoben worden. Im vergangenen Jahr war der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte zurückgeführt worden.

Tabelle 3

### Veränderung ausgewählter Einnahmengrößen<sup>1</sup> In Prozent

	2013	2014	2017/2012 <sup>2</sup>	2012/2007 <sup>2</sup>
Einnahmen insgesamt	2,0	3,3	3	1,9
<i>Darunter:</i>				
Steuern	2,4	4,0	3 ½	1,6
Einkommen- und Vermögensteuern	2,7	6,1	4 ¾	1,1
Produktions- und Importabgaben	1,9	1,6	2	2,0
Sozialbeiträge	2,4	3,2	3	1,9

<sup>1</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In der Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

<sup>2</sup> Durchschnittliche Entwicklung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

Die Einnahmen steigen stärker als in den vergangenen fünf Jahren.

Frist nicht ab.<sup>10</sup> Wie bereits in den vergangenen Jahren findet der Beschäftigungsaufbau im Projektionszeitraum vorrangig bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen statt, und die Löhne steigen merklich. Damit werden die Sozialbeiträge ab dem kommenden Jahr kräftig zulegen, jahresdurchschnittlich um drei Prozent, und damit ebenfalls stärker als in den fünf Jahren zuvor.

Die übrigen Einnahmen des Staates, die in den Jahren 2008 bis 2012 merklich gestiegen waren, entwickeln sich im Projektionszeitraum eher schwach. Dies liegt insbesondere an den empfangenen Vermögenseinkommen des Staates. Die Rettungsmaßnahmen für den heimischen Bankensektor wie auch die Hilfen an andere europäische Staaten ließen in der Folge die Zinseinnahmen des deutschen Fiskus zunehmen. Bereits im vergangenen Jahr gingen diese Einnahmen aber deutlich zurück, denn zumindest der heimische Bankensektor ist in geringerem Ausmaß auf Hilfsleistungen angewiesen. Im Projektionszeitraum dürfte sich dies fortsetzen. Der an den Bund ausgeschüttete Bundesbankgewinn, der im vergangenen Jahr aufgrund von Rückstellungen stark gesunken war und auch in diesem Jahr niedrig ist, dürfte sich im weiteren Projektionszeitraum etwas erholen.

<sup>10</sup> Die gesetzliche Rentenversicherung wird zwar über den gesamten Projektionszeitraum defizitär sein, allerdings dürfte die Nachhaltigkeitsrücklage erst im Jahr 2018 ihre untere Grenze (das 0,3-fache einer Monatsausgabe) zu unterschreiten drohen, so dass der Beitragssatz bis dahin konstant bleibt. Die gesetzliche Krankenversicherung dürfte auch im weiteren Projektionszeitraum Überschüsse generieren, die allerdings nach und nach abschmelzen werden. Damit besteht keine Notwendigkeit flächendeckend Zusatzbeiträge zu erheben. Die Bundesagentur für Arbeit dürfte über den gesamten Projektionszeitraum mit Überschüssen abschließen.

Insgesamt werden die übrigen Einnahmen im Jahr 2013 um 0,8 Prozent zurückgehen und 2014 um 0,5 Prozent zunehmen; in den Restjahren stagnieren sie.

Alles in allem werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr um zwei Prozent und im kommenden Jahr um 3,3 Prozent zulegen. In den restlichen Jahren des Projektionszeitraums werden sie sich um durchschnittlich drei Prozent erhöhen. Die Einnahmen steigen damit merklich dynamischer als in den vergangenen Jahren.

### Ausgabendynamik wieder höher

Nach einer deutlichen Ausgabenzurückhaltung in den vergangenen Jahren werden die Ausgaben im Projektionszeitraum wieder mit einer höheren Dynamik zulegen (Tabelle 4). Die Arbeitnehmerentgelte expandieren während des gesamten Projektionszeitraums kräftig. Zwar dürfte bei der Bundesagentur für Arbeit und auch bei der Bundeswehr der Personalabbau fortgesetzt werden. Der lineare Stellenabbau auf Bundesebene ist aber wohl zu einem Ende gekommen. Für die Entwicklung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst ist in dieser Projektion angenommen, dass sie in einer ähnlichen Größenordnung wie die Entgelte in der Gesamtwirtschaft zunehmen. Damit werden die Personalausgaben in der mittleren Frist deutlich stärker zulegen, als in den vergangenen fünf Jahren. Die Vorleistungen nehmen während des gesamten Projektionszeitraums kräftig zu. Zwar werden insbesondere jene Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, bestrebt sein, ihre laufenden Ausgaben zu reduzieren. Die gute Einnahmelage der öffentlichen Hand vermindert den Konsolidierungsdruck aber. Dennoch werden die Vorleistungen um weniger zunehmen, als in den vergangenen fünf Jahren, denn in diesem Zeitraum waren sie auch durch die Konjunkturpakete getrieben.

Die sozialen Sachleistungen legen bereits im laufenden Jahr kräftig zu. Der größte Teil dieser Leistungen geht auf Ausgaben im Gesundheitswesen zurück. Die demographische Entwicklung wie auch der medizinisch-technische Fortschritt erzeugen bei diesen Ausgaben eine relativ hohe Kostendynamik. Im Projektionszeitraum dürften die sozialen Sachleistungen daher deutlich zunehmen, um jahresdurchschnittlich 3 1/2 Prozent. In den vergangenen fünf Jahren sind sie mit jahresdurchschnittlich 2,9 Prozent geringer gestiegen, denn der Preisauftrieb wurde durch gesetzliche Maßnahmen gebremst.

Der größte Teil der öffentlichen Ausgaben besteht aus monetären Sozialleistungen. Diese haben sich in den vergangenen Jahren verhalten entwickelt, in einzelnen Jahren sind sie sogar gesunken. So geht die Zahl der

Tabelle 4

### Veränderung ausgewählter Ausgabengrößen<sup>1</sup> In Prozent

	2013	2014	2017/2012 <sup>2</sup>	2012/2007 <sup>2</sup>
Ausgaben insgesamt	2,2	2,5	2 1/2	1,8
<i>Darunter:</i>				
Arbeitnehmerentgelte	3,1	3,8	3 1/2	2,2
Vorleistungen	2,8	3,3	3 1/4	3,9
Soziale Sachleistungen	3,6	3,5	3 1/2	2,9
Monetäre Sachleistungen	2,3	1,9	2	1,3
Sonstige laufende Transfers	4,4	1,7	2 1/2	3,9
Subventionen	0,1	0,1	0	-0,6
Geleistete Vermögenstransfers	-20,0	-1,3	-4 1/2	-3,2
Bruttoinvestitionen	5,1	3,8	4	0,3
Zinssausgaben	-1,1	0,2	1/4	-1,0

<sup>1</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In der Projektion sind die Voraussetzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

<sup>2</sup> Durchschnittliche Entwicklung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

### Die Ausgabendynamik ist höher als zuvor.

Kindergeldkinder seit Jahren zurück und die Ausgaben des Staates für das Kindergeld ebenfalls. Dies wird sich auch im Projektionszeitraum fortsetzen.<sup>11</sup> Kräftig gesunken sind in den vergangenen Jahren vor allem die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit dem Jahr 2005 um fast zwei Millionen zurückgegangen und mit ihr auch die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II. Im laufenden Jahr nehmen diese Ausgaben aufgrund der Flaute im Winterhalbjahr 2012/13 zwar leicht zu, bis zum Ende des Projektionszeitraums werden sie sich aber – in vermindertem Tempo – wieder zurückbilden, denn die Zahl der Arbeitslosen sinkt bis zum Jahr 2017 auf 2,7 Millionen Personen. Zu der verhaltenen Entwicklung der monetären Sozialausgaben trug auch bei, dass die Rentenausgaben in den vergangenen Jahren mit einer relativ geringen Dynamik zugelegt haben, denn ihr Anstieg wurde durch rentenmindernde Faktoren begrenzt.<sup>12</sup> Dies wird im Projektionszeitraum nicht der Fall sein. Zudem ist die der Rentenanpassung zugrunde zu legende Lohnentwick-

<sup>11</sup> Lediglich im Jahr 2012 hat sie aufgrund von Sondereffekten zugenommen.

<sup>12</sup> In den Jahren 2008 und 2009 war der Riesterfaktor, in den Jahren 2005 und 2006 der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt worden. Die damals unterlassenen Anpassungen wurden in den Jahren danach nachgeholt. In den alten Ländern hat dieses Nachholen die Rentenanpassung im Jahr 2012, in den neuen Ländern im Jahr zuvor gemindert.

lung im Projektionszeitraum hoch.<sup>13</sup> Kräftig werden sich auch die Ausgaben des Staates für Pensionen entwickeln. Zum einen werden die Pensionen im Allgemeinen in Anlehnung an die Tarifabschlüsse angehoben, zum anderen nimmt die Zahl der Pensionäre zu. Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen im Jahr 2013 um 2,3 Prozent und 2014 um 1,9 Prozent steigen. In den Restjahren werden sie durchschnittlich um  $2\frac{1}{4}$  Prozent zunehmen und damit deutlich kräftiger als in den fünf Jahren zuvor.

Die sonstigen laufenden Transfers steigen im Projektionszeitraum weniger als im Fünfjahreszeitraum zuvor, in dem sie durch Maßnahmen der Konjunkturpakete erhöht worden waren. Die Ausgaben des Staates für Subventionen dürften in der mittleren Frist stagnieren; neue Maßnahmen sind nicht geplant und die Projektion basiert auf geltendem Recht. Die geleisteten Vermögenstransfers haben in den vergangenen Jahren deutlich geschwankt. Im Zuge der Rettungsschirme wurden Bürgschaften und Garantien sowohl für den heimischen Bankensektor als auch für andere europäische Länder gegeben. Werden diese in Anspruch genommen, zieht dies Vermögenübertragungen nach sich.<sup>14</sup> Solche Ausgaben sind im Projektionszeitraum nicht unterstellt, denn sie sind nicht solide vorherzusagen; gleichwohl stellen sie ein erhebliches Risiko dar. Da sowohl die Eigenheimzulage als auch die Investitionszulage auslaufen, bilden sich die Vermögenstransfers unter diesen Annahmen in den Jahren 2014 bis 2016 zurück.<sup>15</sup>

Die Investitionsausgaben des Staates sind im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen; dies war eine Reaktion auf den Wegfall der im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellten Mittel, die zu einem großen Teil erst im Jahr 2011 verausgabt wurden. In den Jahren 2013 und 2014 werden die Investitionsausgaben mit einer deutlich höheren Dynamik steigen, denn die Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist gut. Alles in allem werden die Bruttoinvestitionen im Jahr 2013 um 5,1 Prozent und im Jahr 2014 um 3,8 Prozent zulegen. Im weiteren Projektionszeitraum nehmen die Überschüsse bei den Gebietskörperschaften stetig zu. Bei dieser Finanzlage werden die Investitionen merklich steigen, um jahresdurchschnittlich vier Prozent. Dies ist deutlich stärker

**13** Die Rentenanpassung dürfte aber durch die Verschlechterung des Altersquotienten gedämpft werden. Er gibt das Verhältnis von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern an; verschlechtert sich dieses, wird die Rentenanpassung gemindert. Zwar nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Projektionszeitraum zu, allerdings erhöht sich die Zahl der Rentenbezieher stärker.

**14** Im vergangenen Jahr resultierten Vorgänge beispielsweise bei der Ersten Abwicklungsanstalt in einer Belastung für den Staat von drei Milliarden Euro.

**15** Für die Investitionszulage werden nach geltendem Recht letztmalig im Jahr 2014 Ausgaben anfallen, für die Eigenheimzulage letztmalig im Jahr 2015, wenn noch ein halber Jahrgang in der Förderung ist.

als im Zeitraum von 2008 bis 2012, also der Periode, in der die Investitionen durch die Konjunkturpakete stimuliert werden sollten.

Die Zinsausgaben des Staates sind in den vergangenen Jahren kräftig zurückgegangen, denn der deutsche Fiskus konnte sich zu ausgesprochen günstigen Konditionen finanzieren. Teilweise haben sich die Kapitalgeber sogar mit negativen Renditen zufrieden gegeben, denn potentielle Investoren sahen in Deutschland einen „sicheren Hafen“ während sie in anderen europäischen Ländern das Ausfallrisiko hoch einschätzten. Wenn die Turbulenzen im Euroraum allmählich nachlassen und die wirtschaftliche Entwicklung in Europa wieder anspringt, werden die Zinsen für deutsche Staatspapiere aber wieder steigen. Da ein großer Teil der Verschuldung kurzfristiger Natur ist – vor allem beim Bund – dürfte sich dies relativ schnell in den Zinsausgaben niederschlagen. Dem steht entgegen, dass der Schuldenstand ab dem kommenden Jahr leicht zurückgehen dürfte. Insgesamt werden die Zinsausgaben in diesem Jahr nochmals sinken, um gut ein Prozent. In den kommenden Jahren werden sie dann um gut ein Prozent zulegen.

Alles in allem nehmen die Ausgaben des Staates im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich  $2\frac{1}{2}$  Prozent zu und damit deutlich stärker als im Vergleichszeitraum 2008 bis 2012, als sie um durchschnittlich 1,8 Prozent stiegen. Trotz der kräftigen Ausgabendynamik wird sich die Staatsquote (öffentliche Ausgaben in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) zurückbilden – von 45 Prozent im Jahr 2012 auf  $43\frac{3}{4}$  Prozent im Jahr 2017 – denn der Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts ist höher. Bedenklich ist, dass sich die Struktur der öffentlichen Ausgaben mittelfristig verschlechtert, denn jene Ausgaben, die den Staatskonsum bestimmen – vor allem Personalausgaben und soziale Sachleistungen – nehmen stärker zu als andere (Tabelle 5).

### Hohe Überschüsse im Gesamthaushalt – unterschiedliche Entwicklung bei einzelnen Ebenen

Der öffentliche Gesamthaushalt wird im Projektionszeitraum zunehmende Überschüsse generieren. Im Jahr 2013 liegt der Überschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,1 Prozent und steigt im kommenden Jahr auf 0,4 Prozent. Im Endjahr des Projektionszeitraums wird er bei einem Prozent liegen.

Dabei entwickeln sich die Haushalte der einzelnen Ebenen allerdings unterschiedlich. In diesem Jahr erwirtschaften die Sozialversicherungen nochmals einen hohen Überschuss, der allerdings deutlich geringer ist als in den beiden vergangenen Jahren. Vor allem die

gesetzliche Krankenversicherung und die Rentenversicherung erzielten in der Vergangenheit hohe Überschüsse. Zu Beginn der Jahre 2012 und 2013 ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt worden,<sup>16</sup> und die Renten steigen in der mittleren Frist kräftig. Die Rentenversicherung wird daher über den gesamten Projektionszeitraum mit deutlichen Defiziten abschließen. Die gesetzliche Krankenversicherung dürfte bis zum Jahr 2017 zwar Überschüsse erreichen, diese werden aber stetig geringer; zwar steigen die Beitragseinnahmen dynamisch, die Ausgaben legen allerdings deutlich stärker zu. Die Bundesagentur für Arbeit wird über den gesamten Projektionszeitraum mit Überschüssen abschließen. Insgesamt werden die Sozialversicherungen im Jahr 2017 noch einen Überschuss von zwei Milliarden Euro erwirtschaften; im Jahr 2012 lag er bei 17 Milliarden Euro.

Der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften entwickelt sich spiegelbildlich dazu. Schließen sie in diesem Jahr noch mit einem deutlichen Defizit von sieben Milliarden Euro ab, so dürfte im Jahr 2017 ein Überschuss von knapp 28 Milliarden Euro erreicht werden. Das Defizit zu Beginn des Projektionszeitraums wird vor allem durch den Bundeshaushalt bestimmt, aber auch die Ländergesamtheit schließt noch defizitär ab. Die Kommunen erwirtschaften bereits seit dem Jahr 2011 Überschüsse. Bereits im kommenden Jahr können die Länder in ihrer Gesamtheit einen Überschuss aufweisen.<sup>17</sup>

### Entwicklung wichtiger finanzwirtschaftlicher Kennziffern

Nominale Finanzierungssalden lassen nur bedingt Rückschlüsse auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu, da sich in ihnen eine Vielzahl von Einflüssen widerspiegelt. Um die Entwicklung der öffentlichen Finanzen zu beurteilen wird im Allgemeinen auf bestimmte Indikatoren zurückgegriffen, wie sie auch in den geltenden Fiskalregeln wie dem Stabilitäts- und

<sup>16</sup> Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird nach der Rentenformel gesenkt, wenn die Nachhaltigkeitsrücklage das 1,5-fache einer Monatsausgabe voraussichtlich am Ende des kommenden Jahres übersteigt. Er wird erhöht, wenn die Rücklage das 0,3-fache einer Monatsausgabe voraussichtlich am Ende des folgenden Jahres unterschreitet. Dies dürfte voraussichtlich im Jahr 2018 der Fall sein, so dass die Rentenversicherung während des gesamten Projektionszeitraums Defizite erwirtschaftet.

<sup>17</sup> Zwar generieren die Länder und Kommunen insgesamt in der mittleren Frist zunehmend Überschüsse. Dabei ist die Finanzlage allerdings sehr heterogen – insbesondere auf kommunaler Ebene. Einer Vielzahl von Gebietskörperschaften, die Defizite erwirtschaften, stehen solche mit Überschüssen gegenüber. Besonders jene Kommunen, die in der Vergangenheit in zunehmendem Ausmaß Verschuldung aufgebaut haben, tragen an den Folgen auch im Projektionszeitraum schwer. Zur Verschuldungssituation der Kommunen in den Jahren 1998 bis 2009 vgl. Freier, R., Grass, V.: Kommunale Verschuldung in Deutschland: Struktur verstehen – Risiken abschätzen. DIW Wochenbericht Nr. 16/2013.

Tabelle 5

### Struktur der öffentlichen Ausgaben<sup>1</sup>

Anteile in Prozent

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausgaben insgesamt	100	100	100	100	100	100
Arbeitnehmerentgelte	17,1	17,2	17,4	17 ½	17 ¾	18
Vorleistungen	11,0	11,0	11,1	11 ¼	11 ¼	11 ¼
Soziale Sachleistungen	18,0	18,3	18,4	18 ½	18 ¾	19
Monetäre Sachleistungen	36,2	36,2	36,0	35 ¾	35 ½	35 ½
Subventionen	2,0	1,9	1,9	2	1 ¾	1 ¾
Bruttoinvestitionen	3,3	3,4	3,5	3 ½	3 ½	3 ½
Zinsausgaben	5,5	5,3	5,2	5	5	5
Sonstige	7,0	6,6	6,5	6 ½	6 ½	6 ¼

<sup>1</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In der Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der Anteil der konsumtiven Staatsausgaben nimmt zu.

Wachstumspakt oder der deutschen Schuldenbremse verwendet werden.

Sowohl auf europäischer Ebene als auch bei der deutschen Schuldenbremse wird dabei in erster Linie auf die Entwicklung des strukturellen, also des um konjunkturelle Einflüsse bereinigten, Finanzierungssaldos zurückgegriffen.<sup>18</sup> Im Projektionszeitraum wird die öffentliche Hand nicht nur in laufender Rechnung zunehmend Überschüsse erwirtschaften. Auch strukturell nehmen die Überschüsse in der mittleren Frist zu; im Jahr 2017 liegt der Überschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei einem Prozent (Tabelle 6).

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wie auch die Schuldenbremse auf Länderebene zieht zudem die Schuldenstandsquote als Kriterium heran, also den Schuldenstand in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Gerade im Zuge der Krise im Euroraum, die vor allem eine Staatsschuldenkrise ist, ist die Bedeutung dieser Kennziffer deutlich geworden. Für Deutschland hat die Schuldenstandsquote seit dem Jahr 2007 deutlich zugenommen; sowohl die Konjunkturpakete als auch die Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor wie für andere europäische Länder ließen die

<sup>18</sup> Für die konjunkturelle Bereinigung des Finanzierungssaldos wird hier – wie auch bei der deutschen Schuldenbremse für den Bund vorgeschrieben – auf die von der EU-Kommission verwendete Methode zur Potentialschätzung sowie die Budgetelastizitäten der OECD zurückgegriffen. Da mithilfe des Konzepts des strukturellen Defizits die dauerhafte Ausrichtung der Finanzpolitik beurteilt werden soll, müssen bestimmte Bereinigungen um Einmaleffekte und finanzielle Transaktionen vorgenommen werden.



Tabelle 6

**Ausgewählte finanzwirtschaftliche Kennziffern**

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Nominaler Finanzierungssaldo <sup>1</sup>	0,2	0,1	0,4	¾	¾	1
Struktureller Finanzierungssaldo <sup>1</sup>	0,4	0,6	0,7	¾	¾	1
Primärsaldo <sup>1</sup>	2,6	2,5	2,7	3	3	3
Zinssteuerquote <sup>1</sup>	10,5	10,2	9,8	9 ½	9 ¼	9
Schuldenstandsquote <sup>2</sup>	81,8	80,4	77,6	74 ¾	71 ½	68 ½

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Für die Jahre 2015 bis 2017 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

2 Maastrichtabgrenzung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der öffentliche Gesamthaushalt ist im Großen und Ganzen gut aufgestellt.

deutschen Verbindlichkeiten steigen. Im Projektionszeitraum nimmt der Schuldenstand aufgrund solcher Hilfsleistungen nochmals zu, denn der neu gegründeten Europäischen Finanzierungsstabilität ist nach und nach Kapital zuzuführen. Diese Projektion basiert auf der Annahme einer allmählichen Beruhigung der Finanzmärkte, andere als die beschlossenen Hilfsleistungen sind nicht unterstellt.<sup>19</sup> Zudem erwirtschaften die öffentlichen Haushalte zunehmend Überschüsse. Fielen die Überschüsse in den vergangenen Jahren vor allem bei den Sozialversicherungen an, die damit Vermögen aufbauten, entstehen sie im Projektionszeitraum insbesondere bei den Gebietskörperschaften, so dass ein großer Teil davon für einen Schuldenabbau genutzt werden dürfte. Vor allem aber nimmt das nominale Bruttoinlandsprodukt nach dieser Projektion kräftig zu. Alles in allem sinkt die Schuldenstandsquote damit im Projektionszeitraum deutlich, von 80,4 Prozent im laufenden Jahr auf 68 ½ Prozent im Jahr 2017.

Wichtig für die Analyse ist auch, zu beurteilen, inwieweit der Handlungsspielraum der heutigen Finanzpolitik bereits durch die Entscheidung zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben in der Vergangenheit eingeschränkt worden ist. Dazu kann auf den Primärsaldo sowie die Zinssteuerquote zurückgegriffen werden. Der Primärsaldo ist der um Zinsausgaben bereinigte Haushaltssaldo. Im vergangenen Jahr lag der Primärüberschuss bei 2,6 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Projektionszeitraum wird er sich erhöhen. Die Zinssteuerquote gibt an, in

welchem Umfang Steuereinnahmen – also laufende, regelmäßige Einnahmen – für den Zinsendienst – also durch in der Vergangenheit begründete Ausgaben – gebunden sind. Sie sinkt bereits seit zehn Jahren stetig. Im Projektionszeitraum bildet sich die Zinssteuerquote bei weiter kräftig expandierenden Steuereinnahmen kontinuierlich zurück; im Jahr 2017 wird sie auf neun Prozent gesunken sein.

Bei der Interpretation der Kennziffern müssen in der aktuellen Situation zwei Risiken besonders beachtet werden. Zum einen bestehen noch immer Risiken für die öffentlichen Haushalte aufgrund von Transaktionen in Zusammenhang mit den Krisen. Zum anderen stellt die Entwicklung der Zinsausgaben ein latentes Risiko dar, denn sie können auch deutlich stärker zunehmen als hier vorhergesagt. Dennoch: Im Großen und Ganzen zeichnen die Kennziffern ein recht positives Bild des öffentlichen Gesamthaushalts.

**Ausblick**

Noch vor zehn Jahren war Deutschland der „kranke Mann Europas“, dessen wirtschaftliche Entwicklung das Wachstum im Euroraum belastete. In den Jahren 2001 bis 2005 lag die Defizitquote in jedem Jahr über der Drei-Prozent-Marke. Diese Zeiten scheinen vorbei. Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum wird nun durch Deutschland getrieben. Während viele Länder zurzeit mit hohen Defiziten zu kämpfen haben, schließen die öffentlichen Haushalte in Deutschland mit Überschüssen ab. Zwar ist die Schuldenstandsquote noch immer beträchtlich; sie spiegelt aber einen hohen Betrag an Eventualverbindlichkeiten wieder und wird sich in der mittleren Frist deutlich zurückbilden. Hat die deutsche Wirtschaftspolitik ihre Hausaufgaben damit erledigt?

Der positive Befund hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung geht mit einem Anstieg des Produktionspotentials um einen halben Prozentpunkt einher. Dies ist zu einem großen Teil der Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials geschuldet. Spätestens wenn die sogenannten Baby-Boomer in den Ruhestand gehen, also ab dem Jahr 2020, wird das Erwerbspersonenpotential aber zurückgehen, wodurch das potentielle Wirtschaftswachstum tendenziell gedämpft wird. Dies lässt die Steuereinnahmen wie auch die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen für sich genommen weniger steigen. Hinzu kommt, dass die Alterung der Bevölkerung die öffentliche Hand auch direkt belastet, denn Ausgaben für Renten und Pensionen wie auch die Gesundheitsausgaben nehmen deutlich zu.

Die deutsche Wirtschaftspolitik sollte die komfortable Haushaltssituation in den kommenden Jahren daher nutzen, sich für diese Herausforderungen zu wapp-

<sup>19</sup> Einige der übernommenen Eventualverbindlichkeiten dürften im Projektionszeitraum zudem entfallen, wodurch sich die Schuldenstandsquote zurückbildet. Auch solche Transaktionen sind in der Schätzung nicht enthalten.

nen. Es müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, die darauf ausgerichtet sind, das Wachstumspotential zu erhöhen. Der Ausbau der Infrastruktur und eine Stärkung der Bereiche Bildung und Forschung sollten auf der Agenda stehen. Auch auf der Steuerseite besteht Handlungsbedarf, vor allem die Auswirkungen

der kalten Progression sollten beseitigt werden. Dabei dürfen die Erfolge des Konsolidierungsprozesses aber nicht verspielt werden. Die Politik ist zu einer angemessenen Prioritätensetzung aufgerufen, auch wenn dies gerade in Zeiten voller Kassen ein politisch ambitionierter Kurs ist.

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

## MEDIUM-TERM ECONOMIC DEVELOPMENT: STABLE GROWTH AND BIG SURPLUSES IN PUBLIC BUDGETS

---

**Abstract:** The German economy will experience significantly stronger growth up to 2017 than it has in the past five years. Economic growth will increasingly be driven by domestic demand, and job creation will continue. In the medium term, there will be increasing surpluses in public budgets; in 2017, these will reach almost 28 billion euros. At the beginning of the projection period – as in recent years – it is mainly social security contributions that will generate high surpluses. This situation will change in the medium term. Budget surpluses will increase steadily, even

in economically adjusted terms, and the debt ratio will decrease significantly.

This means an important milestone in fiscal consolidation has been achieved, but further action is needed. Towards the end of this decade, the effects of demographic change will start to be a burden on public finances. Looking at the emerging challenges, fiscal policy should use this healthy cash position to set a course today for higher potential growth in future. Spending on infrastructure and on research and education should be adopted as a priority.

JEL: E62, E66, H62, H68

**Keywords:** economic outlook, forecast of budgets, deficits and debt



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
80. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. WolfPeter Schill

#### Lektorat

Dr. Stefan Bach  
Jens Kolbe

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.